

ABTEILUNG INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

REFERAT AFRIKA

Bernhard Weimer

**Menschenrechte und Demokratie
im Südlichen Afrika**

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

C 02 - 01382

Bernhard Weimer

**Menschenrechte und Demokratie
im Südlichen Afrika**

Bericht über die Konferenz zum Thema "Menschenrechte und Demokratie",
Gaborone / Botswana vom 22. - 26. Februar 1993



C 02 - 01382

MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE IM SÜDLICHEN AFRIKA

Unter diesem Motto fand vom 22 - 26 Februar 93 in Gaborone / Botswana eine internationale Konferenz statt, die zusammen vom Democracy Research Project der Universität Botswana und der Friedrich Ebert Stiftung (Büros Gaborone und Maputo) organisiert wurde. Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Frauenverbänden, den Medien und anderen Sektoren der "Zivilgesellschaft" aus neun von zehn SADC-Ländern und Südafrika hatten ebenso an der Veranstaltung teilgenommen wie Repräsentanten der staatlichen Rechtspflege (u.a. Ombudsman von Namibia, Richter der obersten Gerichtshöfe in Mosambik und Südafrika) sowie der Regierung und der Parteien Botswanas. Von deutscher Seite waren Hans Guenther Toetemeyer, MDB sowie der für Menschenrechtsfragen zuständige Referent im BMZ, Dr. Frank Schwarzbeck nach Botswana gereist.

Das Ergebnis der Konferenz, die sogenannte "Agenda von Gaborone" (Anlage) -eine programmatische 40-Punkte Erklärung-kann als Antwort der Konferenzteilnehmer auf die von Botswanas Präsident, Sir Ketumile Masire, in der Eröffnungsrede formulierten Herausforderung gesehen werden. Er hatte die Konferenzteilnehmer nachdrücklich dazu aufgefordert, den nationalen Regierungen, regionalen Organisationen sowie der

internationalen Gemeinschaft praktische Vorschlaege zu unterbreiten, die der Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Laendern des suedlichen Afrikas sowie der Wirksamkeit der bestehenden nationalen und internationalen Instrumente dienen koennten. In seiner von vielen Konferenzteilnehmern als mutige Ausserung eines SADC-Praesidenten gewerteten Eroeffnungsrede hatte Praesident Masire die undemokratischen politischen Verhaeltnisse und Menschenrechtsverstoesse in Afrika gegeisselt und die vertretenen Nichtregierungs- organisationen ermutigt, sich kritisch und aktiv fuer die Schaffung und Aufrechterhaltung einer politischen Kultur im suedlichen Afrika einzusetzen, in denen Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen.

Die "Agenda von Gaborone" spiegelt die verschiedenen Erfahrungsbereiche der auf der Konferenz vertretenden NGOs sowie die Ergebnisse der Arbeit in den Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen waehrend der Konferenztage wider. Sie bildet ein wichtiges Arbeitsdokument nicht nur fuer alle an der Konferenz beteiligten Organisationen und ihre jeweiligen Zielgruppen, sondern soll nach dem Verstaendnis ihrer Autoren auch auf nationaler und internationaler Ebene einen Beitrag zur Foerderung und Konsolidierung einer menschenrechts- orientierten demokratischen Politik und Gesellschaft im

suedlichen Afrika leisten. Es ist vorgesehen, die "Agenda von Gaborone" als Resolutionsentwurf in bevorstehende einschlaegige internationale Veranstaltungen einzubringen (u.a. auf EG-AKP Ebene, im SADC-Bereich und bei der UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien).

Die folgenden Ausfuehrungen beleuchten einige Teilaspekte der Diskussionen im Verlauf der Konferenztage.

In den Sitzungen zu uebergreifenden Fragestellungen wurde u.a. vom verfassungsrechtlichen Berater des ANC, Professor Albie Sachs (University of Western Cape, Suedafrika) herausgearbeitet, dass Menschenrechte der ersten, zweiten und dritten Generation untrennbar miteinander verbunden sind, also "Freiheit und Brot, Brot und Freiheit" als die beiden Seiten ein und derselben Medaille zu betrachten seien. Individuelle und kollektive Menschenrechte koennten ohne soziale und oekonomische Gerechtigkeit nicht realisiert werden. Nur unter friedlichen Bedingungen und bei materiellen Mindeststandards fuer alle liessen sich Menschenrechte in universeller Weise realisieren, ebenso wie demokratische Verhaeltnisse. Professor Sachs charakterisierte die Demokratie als aus zahlreichen, auch afrikanischen, kulturell und konzeptionell unterschiedlichen Bestandteilen bestehendes Ganzes mit universellem Charakter. Er verglich sie mit einem Baum, dessen

Wurzeln mit den Kaempfen der Menschen aller Zeiten und aller Kulturen um Gerechtigkeit und Freiheit verwachsen seien. Der Versuch der Geberlaender, demokratie- und menschenrechtsbezogene "Konditionalitaeten" in die Praxis der Entwicklungskooperation einzufuehren - exemplarisch dargestellt an den Vergabekriterien des BMZ - wurde weit weniger kontrovers diskutiert, als von einigen wenigen Teilnehmern vor Konferenzbeginn gefordert bzw. befuerchtet. Statt dessen appellierten die Konferenzteilnehmer an die Geberlaender und -organisationen, jene Laender gegebenenfalls auch weiterhin zu sanktionieren, in denen undemokratische Verhaeltnisse und massive Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen waeren.

In diesem Zusammenhang wurde insbesondere Malawi genannt. Ein Konsens bestand auch bezueglich der Forderung an die Geber, die Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen der "Zivilgesellschaft" in den Empfaengerlaendern staerker und in dauerhafter Weise zu unterstuetzen sowie zu diesem Zweck den Anteil der Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen in den Geberlaendern zu erhoehen. Angesichts der budgetaeren Beschraenkungen auf der Geberseite koenne eine staerkere Foerderung der NGOs wohl nur durch Umschichtung der Entwicklungsbudgets auf Kosten der Massnahmen im staatlichen bzw. Regierungsbereich bewerkstelligt werden.

Regionale Ansaetze und Instrumente der Menschenrechtspolitik, wie die Afrikanische Charta der Menschen- und Voelkerrechte oder die Menschenrechtserklaerungen der SADC wurden eher kritisch beurteilt und als "Rhetorik der Herrschenden" bzw. sogar als "Papiertiger" bezeichnet. Dennoch bestand nach eingehender Debatte eine Uebereinstimmung der Teilnehmer dahingehend, dass diese Instrumente bzw. Erklaerungen als politische Willensbekundungen und als Arbeitsgrundlage fuer Menschenrechtsorganisationen zu akzeptieren seien. In ihnen wuerden Masstaebe formuliert, die von den Nichtregierungsorganisationen, Parteien etc. der "Zivilgesellschaft" an die konkrete Politik und die Situation in den einzelnen Laendern anzulegen seien. Dennoch seien weitere Verbesserungen und Ergaenzungen vorzunehmen (vergleiche "Agenda von Gaborone"). Die Laenderberichte nationaler NROs (zu allen Laendern der Region ausser Angola *) zeigten in aller Deutlichkeit, dass es in den SADC-Laendern sowie in Suedafrika erhebliche, zum Teil gravierende Menschenrechtsverletzungen gibt, mit der bisher einzigen Ausnahme von Namibia.

* Der ehemalige UNAVEM Koordinator in Suedangola, Ronald Dreyer, referierte aus der Sicht des ehemaligen UNO Beamten ueber die Bedeutung der Menschenrechte im Kontext des Versuchs, den Friedensvertrag von Bicesse zu realisieren.

Besonders krass sind die Verstoesse gegen Rechte der ersten Generation (politische und zivile Rechte) in Malawi, Suedafrika und Swaziland. Die zum Teil erschuetternden Berichte von Oppositionellen, Klerikern und Menschenrechts- aktivisten, insbesondere aus Malawi, beeindruckten die Konferenzteilnehmer in besonderer Weise; sie setzten sich fuer Sanktionsmassnahmen der SADC, der OAU und der Internationalen Gemeinschaft ein (vergleiche "Agenda von Gaborone"). Die relativ wenig bekannten Verstoesse gegen die Rechte der zweiten Generation (kulturelle Rechte, Recht auf Entwicklung) in Botswana und Tanzania, insbesondere die Gefaehrung von Landnutzungsrechten von indigenen Voelkern (San, Barabaig) wurden eroertert bzw. positive Massnahmen eingefordert, besonders unter Verweis auf die Erfordernisse des von der UNO proklamierten "Jahrs der indigenen Voelker", 1993.

Besonders dramatisch und qualitativ voellig unterschiedlich zu Laendern mit relativ stabilen, wenn auch nicht unbedingt demokratischen Bedingungen, stellt sich die Menschenrechts- situation in den Laendern Angola, Mocambique und z.T. in Suedafrika dar. Dort geht es darum, nationale Friedensabkommen (mit UNO Beteiligung) zu implementieren und dadurch langjaehrige, zum Teil aeusserst gewaltsam gefuehrte Konflikte

zu beenden. Zum Teil massive Menschenrechtsverstöße insbesondere gegen das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Entwicklung sind weitverbreitet; Frauen und Kinder besonders davon betroffen. Dies hängt mit dem teilweisen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung bzw. des Wirtschaftssystems ebenso zusammen wie mit einer über lange Konfliktjahre hindurch entstandenen "Kultur der Gewalt und Gegengewalt". In gewisser Weise exemplarisch ist die paradoxe Situation in Mocambique, wo zwar einerseits die Todesstrafe staatlicherseits abgeschafft wurde, sie aber von der Bevölkerung im Rahmen von Aktionen der Selbstjustiz häufig angewendet wird, bereits bei kleineren Delikten wie Hühner- diebstahl. In diesen Ländern habe die Internationale Gemeinschaft eine besondere Verantwortung, das Ihre zur Schaffung rechtsstaatlich demokratischer und friedlicher Verhältnisse beizutragen und materielle Hilfe zum Wiederaufbau zu leisten.

In fast allen Ländern sind Verstöße gegen die Rechte von Frauen und Kindern zu verzeichnen, nicht nur im Gefolge des traditionellen Gewohnheitsrechts. So ist etwa in Zambia die Enterbung der Witwe und der Kinder durch die Verwandtschaft des Mannes bei dessen Tod durchaus üblich. Aber auch im Rahmen des modernen Rechts wird gegen Frauen und Kinder

diskriminiert, etwa in Botswana, wo erst in letzter Instanz durch den obersten Gerichtshof in einem als richtungsweisend interpretierten Urteil die Rechte der Frauen in Bezug auf ihre Kinder gestaerkt wurden.

In der Konferenzresolution finden sich entsprechende Hinweise und Vorschlaege bezueglich der Rechte der Frauen und Kinder.

Auch Rechtspflege und Medien als Bestandteile der Zivilgesellschaft haben eine Verpflichtung und Mitverantwortung. Entsprechend wurden ihre Vertreter bei der Konferenz aufgefordert, einerseits ihre Unabhaengigkeit zu wahren und sich -andererseits in den Dienst von Demokratie und Menschenrechte zu stellen. Alle jene Laender mit repressiven Medien- und Sicherheitsgesetzen bzw. mit gegaengelter Justiz wurden nachdruecklich aufgefordert, die entsprechenden Gesetze, Vorschriften und Politiken zu aendern. Die besondere Unterstuetzung der Konferenzteilnehmer fand der an Justizbehoerden, Gefaengnisverwaltungen und Polizei gerichtete Vorschlag, die Menschenrechtsthematik in die Ausbildungsgaenge dieser Institutionen aufzunehmen. An die Erziehungsministerien richtete sich die Forderung, im Rahmen des Schulunterrichts an allen Schulen die Themen Menschenrechte und Demokratie in die Curricula aufzunehmen.

Zum Abschluss der Konferenz waren sich Teilnehmer und Veranstalter einig, den mit der "Agenda von Gaborone" akzentuierten Prozess der Entwicklung und Staerkung einer demokratischen, oekonomisch gerechten und den Menschenrechten verpflichteten Kultur des Miteinander im südlichen Afrika weiterhin mitzutragen und besonders die Zusammenarbeit der zahlreichen NROs im nationalen und regionalen Rahmen zu foerdern. Dabei sind all jene nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Gremien als Partner willkommen, die bereit sind, den mit der "Agenda von Gaborone" bezeichneten Weg mitzugehen.

Bernhard Weimer, FES Buero Maputo

THE GABORONE AGENDA

PREAMBLE

WE THE DELEGATES to the Conference on Human Rights and Democracy in Southern Africa organized by the Democracy Research Project of the University of Botswana in collaboration with the Friedrich Ebert Foundation in Gaborone, Botswana between Monday, February 22 and Friday, February 26 1993.

Representing various sectors of civil society, particularly human rights groups, churches, trade unions, non-governmental organisations, the legal profession, etc., in the Southern African region and elsewhere;

Honoured and challenged by the encouragement of H.E. the President of Botswana, Sir Ketumile Masire, who performed the official opening of the conference and called upon the delegates to propose concrete measures towards the creation and furthering of a democratic culture based on human rights in Africa;

Having carefully considered all the papers, reports and presentations made to the conference on various themes and on all countries of the region except for Angola related to and affecting human rights and democratic development in Southern Africa;

Having Noted the existence of widespread absence of human and democratic rights by governments in countries of Southern Africa, especially, the right to life and dignity of the human being, and the sovereignty of the people expressed through the free political activity of citizens and the periodical conduct of free and fair elections;

Conscious that human rights are organic, inter-related and indivisible and that categories and distinctions between generations of rights are not designed to emphasize some rights at the expense of others;

Aware that there is an intrinsic relationship between socio-economic policy, justice and human rights and that poverty, injustice, ignorance and economic hardship pose the greatest threats to democracy and human rights in Africa today;

Noting that the social and economic standard of living of the people of our subcontinent is, in most countries, worsening, and that we believe that social and economic rights are as important as civil and political rights, we thus call on governments, businesses both local and international, international agencies

such as the IMF and the World Bank, and funding agencies to find all possible ways to raise the social and economic standards of living and of development of the people of the sub-continent;

Acknowledging the role that donor-agencies and donor countries have played in supporting the promotion of democratic reform in Southern Africa;

Recognizing that the African Charter of Human and Peoples Rights is a positive step in the promotion and protection of human rights in Africa which needs to be consolidated and strengthened;

Conscious that several African countries are still reluctant to ratify the Charter;

Aware that the African Commission of Human and Peoples Rights functions under considerable budgetary, procedural and jurisdictional constraints;

Noting the role of international obligations and international law in setting standards of observance for human rights;

Challenged by the poor human if not appalling human rights records of most of the countries in Southern Africa;

Saddened by the prolonged civil conflict in some countries of Southern Africa notably Angola;

Encouraged by attempts at peaceful resolution of conflict situation in Mozambique and the role of other countries in the region in the resolution of that conflict;

Recognizing the need for the establishment and strengthening of regional machinery for the protection of human rights through the adoption of common policies on human rights and democracy by the Southern African Development Community (SADC);

Inspired by the steps taken to dismantle the policies of Apartheid and institute a democratic order.

Acknowledging that women have long been disempowered on the basis of prejudices and practices founded on culture and tradition reinforced by the law;

Acknowledging further that culture and tradition have a meaningful role to play in the growing of a democratic culture and on the universal standard of human rights but should not be used as a justification to suppress and deny women their rights and rightful role in development;



Disturbed that children in Africa generally and, in Southern Africa in particular, are faced with untold economic hardship, poverty, ignorance, disease and armed conflict;

Convinced that all persons in society irrespective of age, marital or other status, sex, ethnic or other origin, race, professional or other standing have natural interest in the protection and promotion of human rights, democracy and justice;

Acutely aware that non-governmental organisations have a pivotal role to play in the protection, and promotion of human rights and democracy;

Acknowledging the role of an independent judiciary and an efficient system of administration of justice in the protection of such rights and values;

Determined to take practical steps jointly and individually to enhance the cause of human rights, democracy, economic development and justice in our respective countries, our region, our continent and the world;

And convinced that it is necessary, as evidence of our resolve and a testimony to our determination, to have a programme of action;

HEREBY RESOLVE TO:

Economic Aid and Human-Rights

1. Call on the donor countries and agencies to alleviate the hardships resulting from the economic reform programmes designed for African countries by:
 - (a) Increasingly incorporating human and social development components into these programmes;
 - (b) consulting with governmental and non-governmental in aid receiving countries to identify priorities and establish criteria for grants;
 - (c) incorporating human rights standards into the criteria for eligibility for grants. In respect of Africa, these criteria should be drawn from the UN-standards, the African Charter of Human and Peoples Rights, and other international legal conventions;
 - (d) establish machinery to closely monitor the disbursement of grants-in-aid of governments and their agencies to ensure that the grants are not diverted to other than the designated purposes;
 - (e) restructure bi- and multilateral cooperation with the countries of the sub-region and to increase the level of support to NGOs as an effort to strengthen the civil society and human rights culture in the continent.

The African Charter:

2. Encourage all countries of Africa
 - (a) which are yet to do so to ratify the Charter without further delay;
 - (b) which have not yet done so to expedite the process of incorporating the Charter into municipal law;
 - (c) which have outstanding reporting obligations to the African Commission of Human and Peoples Rights to fulfill their obligations timeously;
 - (d) to work for the overall strengthening of the Commission by not impeding its work and responding to its needs and requests urgently.

3. Call on the African Commission of Human and Peoples Rights to expedite the process of review of its Rules of Procedure and, in every other respect, to be more open and user-friendly in its treatment of communications that come before it.
4. Work together with NGOs on the African Continent as well as the State Parties to it and the Charter Institutions for a better recognition of the rights of women and the right of the child under the African Charter which rights are, at present, not adequately provided for.
5. Consider possibilities of decentralizing its activities and cooperating with regional bodies such as SADC, the Economic Community of West African States (ECOWAS) and other regional organisations within the framework of the OAU.
6. Reform and amend by Protocol or otherwise the African Charter with a view to remedy its weaknesses concerning the protection of human rights with standards that are not lower or less effective than other international conventions. This specifically applies to the establishment of an African Court of Human Rights.

Other International Instruments

7. Condemn the practice by which governments enter into international obligations with no intention of observing them and therefore appeal to the Governments of the States of Southern Africa:
 - (a) to hasten the process of incorporating into municipal law all international human rights instruments which they have ratified;
 - (b) in respect of those countries which have yet to do so, to ratify the essential international human rights instruments especially the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESR), the Optional Protocol to the ICCPR, the Torture and Genocide Conventions as well as the Conventions on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women and on the Rights of the Child;
 - (c) in respect of countries that have outstanding obligations under any of the international instruments, to hasten to fulfil those obligations without further delay.

SADC and Human Rights

8. Call on the Governments in the region that still have undemocratic and/or military governments to institute and/or hasten the process of transition to democracy;
9. Call on SADC to adopt a common policy and establish regional institutions for the protection and promotion of human rights and good government and to monitor and sanction its member governments whose human rights records fall short of the regional standards, as is presently the case in Angola, Malawi and Swaziland;
10. Call on the belligerents in the civil conflict in Angola to cease hostilities forthwith and, on the international community to seriously consider taking more resolute action to contribute to an ending of the hostilities.
11. Call on the parties to the Rome Peace Accord for Mozambique and the International Community to respect and honour the Accord's provisions and incorporate human rights standards in its implementation, particularly with regard to civic education and the electoral process, in which national, regional and NGO's are to play an important and acknowledged role.
12. Resolve to work to ensure the establishment of a regional non-governmental and/or inter-governmental institution for the monitoring of elections in the SADC countries.
13. Call on SADC member states to implement to the fullest legislation already in existence concerning rape and encourage police and other custodians of law and order to handle rape victims with the sympathy and sensitivity it deserves.
14. Call upon all governments to include the issues of human rights (documents, etc) and democratic procedures into the curricula of primary and secondary schools; and higher education institutions;
15. Work and cooperate with institutions of formal and non-formal education, NGOs, the media, etc., to mount national and regional civil and human rights education campaigns geared towards urban and rural citizens and using cultural and gender-sensitive approaches, including local languages.

Country Reports:

16. Call on all governments in Southern Africa to improve respect for human rights and urges greater inter-governmental and non-governmental co-operation in the monitoring of human rights in the Southern African region, and in this regard consider the setting-up of a Southern African Human Rights Commission;
17. Call on all governments of the SADC -region and South Africa to annually publish a report on the human rights in the respective countries.
18. Use the facility of the African Commission of Human and Peoples Rights more frequently in seeking redress for violations of human rights in our respective countries and as evidence of this resolve to make formal communications to the Commission concerning the human rights records of Malawi and Swaziland.
19. Call on the parties and the national peace Accord as well as on the government of the Republic of South Africa, and all other concerned persons and ladies to move speedily to control the violence in that country and without further delay to institute a non-racial democracy.

Women:

20. Call on all countries in Southern Africa to move consciously and speedily to abolish and discourage all forms of laws, policies and practices which discriminate against women.
21. Call on governments (local and national) and law enforcement agencies in the region to recognize domestic violence and rape as a crime, respond to it more seriously and discourage it in all families.
22. Call on the community at large to debate review both customary and common legal systems and traditional values attitudes, which often are gender-insensitive and often are used to justify the subordination of women and their children.

Children:

23. Appeal to governments (local and national) in the Southern African Region to proscribe by law child abuse, child labour, detention, torture and degrading treatment of children, as well as practices that violate the rights of children;

24. Call upon governments (local and national) to enact legal instruments which prohibit and sanction the use of children as soldiers and in wars;
25. Call upon governments (local and national) and the community at large, to implement in their policies, affirmative action in respect to children and to enshrine respective societies the principle of free education for all children;

Minorities and Indigenous People

26. Appeal to governments (local and national) in the region to ensure the recognition of the existence of these groups as well as the protection of their rights by adopting and instituting, appropriate programmes of affirmative action sensitive to their respective culture and language;
27. Call upon governments (local and national) and the community at large to consult and involve these groups in the decision making process on matters affecting them, especially with regard to the question of land rights and land use;
28. Commend national and international NGOs for their engagement in the defense protection of the rights and cultures of indigenous peoples and "minorities" and call upon them to redouble their efforts in the promotion of community based organizations and projects towards self-reliance and socio-economic well-being;

The Legal Profession and the Judiciary:

29. Call on the legal profession in all countries of the region to show greater concern for and involvement in human rights issues and on all governments in the region to safeguard the independence of the judiciary and to strengthen its capacity to deal with cases of human rights violations by enhancing the conditions of service ;
30. Declare that legal representation is a basic right and therefore call for the establishment of viable public defender systems as well as programmes of legal assistance for victims of human rights violations in the respective countries of Southern Africa.
31. Agree that the promotion and protection of human rights and democracy cannot be left to lawyers alone but must involve all segments of civil society. Whereas civil, social and religious organizations should incorporate minimum human rights programmes into their activities, non-lawyers should participate in the training of lawyers at all levels in

order to broaden their perspective.

32. Call upon and encourage law enforcement agencies (police, prisons, etc.,) to undertake programmes of human rights education, preferably in close cooperation with human rights organizations, with a view to sensitizing on human rights issues in the day to day conduct. And also to encourage them to organize and unionize for this purpose.
33. Call upon governments to recognise the negative effect of conflict in communities and between communities and government structures, and to take steps to establish or support community conflict resolution mechanisms and to promote accessible means to mediated solutions to such conflicts.

The Press and the Media

34. Noted the importance of a free and independent media (press, radio, TV, etc.,) in the promotion and protection of human rights and call upon all governments in the region to desist from laws or reviewing existing laws which restrict the freedom of the press and threaten the journalistic freedom.
35. Call upon the media to continuously and courageously monitor and report human rights abuses and undemocratic behaviour.
36. Call upon international agencies, donors and NGO's to support materially the independent media especially in undemocratic countries such as Malawi, where the media plays an important role in the democratization and the monitoring of human rights abuses;
37. Recognise the eminent role the radio can play in the dissemination of human rights and civil education programmes, especially in countries in transition from war to peace (e.g. Mozambique) and provided local languages are used. Thus it is recommended that governments international cooperation partners support such efforts within the region.

NGOs and Human Rights:

38. Sustain the momentum created at this conference, informally, by establishing and strengthening channels of communication between the bodies represented here and, formally, by constituting a contact group from among the delegates to this conference to:

- (a) monitor the implementation of those aspects of this agenda that require further action;
 - (b) begin preparations for a regional concert of NGOs in the Southern African region;
 - (c) explore the possibility of establishing a clearing house for cross-border dissemination of the activities and programmes of NGOs concerned with human rights and democracy in Southern Africa;
 - (d) conduct preliminary work on the feasibility of having a regional, non-governmental election monitoring initiative for Southern Africa.
39. Promote regional networking by avoiding duplication of effort but rather to work with and within the existing Network of Activists and Researchers on Integrated Human Rights Association (NARIHRA) based in Maputo, Mozambique as much as possible.

Appreciation:

40. Formally convey to the organizers of this conference, the Democracy Research Project of the University of Botswana and the Friedrich Ebert Foundation as well as the Government and people of the Republic of Botswana the appreciation of all the participants at this conference for their hospitality, care and attention to our welfare during the conference.